

VON THOMAS CORELL

Flüchtlinge stecken in Deutschland oft in einer Zwickmühle: Ohne gültigen Pass dürfen sie nicht arbeiten. Haben sie einen, müssen sie fürchten, abgeschoben zu werden. „Abschottungspolitik oder Willkommenskultur“ war das Thema einer Podiumsdiskussion im Heilig-Geist-Saal.

„Wenn ein IT-Experte aus Nigeria mit einem Visum nach Deutschland kommt, ist er ein umworbener Fachmann. Beantragt er Asyl, darf er hier nicht arbeiten.“ Der Leiter des Nürnberger Einwohneramts, Olaf Kuch, beschrieb die Zwiespältigkeit der rechtlichen Vorgaben und illustrierte eine Situation mit manchmal absurden Zügen. So berichteten mehrere Betroffene, darunter Teilnehmer der wochenlangen Proteste am Hallplatz, von ihren Nöten und Problemen.

Ein Beispiel: Um einen Arbeitsvertrag zu bekommen, brauchen sie eine Bestätigung des Ausländeramts. Das aber pocht auf die „Mitwirkungspflicht“ der Betroffenen, sprich: die Vorlage von Pässen und anderen Papieren – die sie oft nicht beschaffen können. Stets hängt so das Damo-

## Tauziehen um eine Arbeitserlaubnis

Diskussionsabend beleuchtete prekäre Lage von nur geduldeten Flüchtlingen

klenschwert der Abschiebung über ihren Köpfen – jahrelang.

Was die Diskussion im Rahmen der Interkulturellen Wochen vor allem gezeigt hat: Es muss differenziert werden. Anerkannte Asylbewerber können (und sollen) hier arbeiten. Wer abgelehnt wird, muss prinzipiell zurück in sein Herkunftsland. In vielen Fällen ist das allerdings nicht möglich oder aus humanitären Gründen unverträglich – so erhalten Minderjährige ohne Begleitung, Menschen aus Kri-

sen- oder Kriegsgebieten und Menschen ohne Pass eine Duldung; aktuell sind das rund 100 000 in Deutschland, davon 900 in Nürnberg.

Manche dürfen, unter bestimmten Voraussetzungen, auch arbeiten, anderen bleibt das verwehrt. Die Grün-



Olaf Kuch (li.), Leiter des Nürnberger Einwohneramts, und Alexander Thal vom Flüchtlingsrat. Fotos: Hippel, Schreier

de seien oft nicht nachvollziehbar, monierte die Flüchtlingsbetreuerin Dagmar Gebhard vom Verein Mimi-kry. Wenn sich aber Kriege und Krisen wie auch Asylverfahren über Jahre hinziehen, wird die erzwungene Untätigkeit unerträglich. Erst recht,

wenn die Geduldeten Deutsch lernen, Schulabschlüsse erwerben und eine Lehre machen – und dann doch abgeschoben werden sollen. Betriebe, die händeringend Leute suchen und motivierten Asylsuchenden eine Chance geben wollen, haben dafür immer weniger Verständnis.

Erwartungsgemäß standen so die beiden Vertreter der Verwaltung im Kreuzfeuer der Kritik. Neben Kuch erläuterte der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, die geltende Rechtslage und die Praxis. Alexander Thal vom bayerischen Flüchtlingsrat warf den Behörden vor, „Türsteher“ zu sein, die Betroffene schikanierten. Eine wesentliche Änderung der Situation könne allerdings nur

auf politischem Weg erfolgen. Immerhin, kündigte Schmidt an, werde gerade an einer Gesetzesvorlage gearbeitet, die Flüchtlingen einen besonderen Status für die Dauer einer Berufsausbildung zubilligen soll.

Die Landtagsabgeordneten Angelika Weikert (SPD) und Verena Osgyan (Grüne) sowie Stadtrat Titus Schüller (Linke) – CSU-Vertreter waren trotz wiederholter Anfragen nicht erschienen – waren sich im Grundsatz einig, setzten aber unterschiedliche Schwerpunkte. Während Weikert klare gesetzliche Regelungen zugunsten der Flüchtlinge forderte, gab Osgyan zu bedenken, dass der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt stark vom Erlernen der deutschen Sprache und den allgemeinen Lebensbedingungen abhängt. Auch hier müsse deutlich nachgebessert werden.

Schüller erinnerte an Prinzipielles: Im Grundgesetz heiße es schließlich, „die Würde des Menschen ist unantastbar“, und nicht „die Würde des Deutschen ist unantastbar“. Und zur Würde gehöre das Recht auf Arbeit. Dem Moderator, *NN*-Redakteur Wolfgang Heilig-Achneck, blieb nur das betrübliche Fazit: „Die Situation wird leider unbefriedigend bleiben.“